

Zuwanderer aus Polen in Deutschland

Auf über zwei Millionen wird heute die Zahl der „Polnischsprachigen“ in der Bundesrepublik geschätzt. Diese Gruppe macht demnach etwa 2,5% der Gesamtbevölkerung aus. Aufgrund ihrer Heterogenität erscheint sie jedoch in keiner offiziellen Einwanderungsstatistik dieses Landes. Sollte sie irgendwo erscheinen, würden die Polnischsprachigen nach den Türken wohl die zweitgrößte Einwanderergruppe in Deutschland stellen. Sie erscheinen aber weder als eine statistische Größe noch als „polnische Minderheit“, ja nicht einmal als ein kultureller Begriff im Bewusstsein der deutschen Gesellschaft, Politik und Medien eingeschlossen.

Wer sind die „Polnischsprachigen“? Der Terminus „Polnischsprachige“, der sich auf die Kenntnis und den Gebrauch der polnischen Sprache (oder des schlesischen Dialekts) bezieht, ist der kleinste gemeinsame Nenner dieser Gruppe, deren Heterogenität bereits an der Geschichte ihrer Einwanderung aus Polen nach Deutschland deutlich wird. Die wichtigsten Schübe dieser Einwanderung werden hier kurz erwähnt. Meine Betrachtung berücksichtigt jedoch nur die wichtigsten Entwicklungen und kann nicht alle Gruppen von Zuwanderern aus Polen eingehend charakterisieren.

Eine gewisse Rolle im Bewusstsein der Deutschen spielen bis heute die sog. „Ruhr-Polen“, die seit den 70 Jahren des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung am Rhein und an der Ruhr sich dort, aber auch in anderen Gebieten (etwa in Berlin) niedergelassen haben. Diese etwa 300.000 ethnischen Polen waren im staatsbürgerlichen Sinne Deutsche aus den östlichen Provinzen Preußens (Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien). Streng genommen handelt es sich dabei um keine grenzüberschreitende Migration, sondern um eine Binnenwanderung. Für mein Thema ist es aber relevant, dass sie eine ethnisch und kulturell homogene Gruppe betraf, die im Zuge des damals von Bismarck betriebenen „Kulturkampfes“ eigene nationale Bewusstseins- und Organisationsformen in Deutschland entwickelte (z.B. polnische Sparkassen, Verbände, Chöre, Sportvereine).

Was ist aus dieser Gruppe der Ruhr-Polen geworden? Starke Assimilationsprozesse seit dem Anfang des 20. Jh. und andererseits eine stete Auswanderung aus Deutschland nach der Wiedergeburt des polnischen Staates 1918, aber auch Verfolgungen im Dritten Reich (bis zum Verbot aller polnischen Organisationen 1939) haben dazu geführt, dass diese Gruppe nach dem 2. Weltkrieg, insbesondere aber heute, nur eine Randerscheinung im Themenkomplex der Polnischsprachigen in Deutschland darstellt.¹ Bemerkenswert ist dabei die Instrumentalisierung dieser Alt-Emigration für die polnische Politik in der Nachkriegszeit. Für die Volksrepublik vor allem in den 50er Jahren, aber auch für nationalbetonte polnische Parteien heute werden diese de facto nicht mehr vorhandenen Ruhr-Polen als Schutzpatron einer starken polnischen Gemeinschaft beschworen und als Legitimation für das gegenwärtige Bestreben nach einem politischen Minderheitenstatus bemüht, was eine Verbindungslinie von der Migration des 19. Jh. zur heutigen Situation der PS in Deutschland unterstellt.

Dieser Zugang ist meiner Meinung nach jedoch ziemlich irreführend, denn es gibt so gut wie keine Verbindung zwischen diesen in der Regel assimilierten Ruhr-Polen und der heterogenen Gruppe der heute in Deutschland lebenden Polnischsprachigen. Die traditionellen Organisationen der Ruhr-Polen existieren heute fast nur noch auf dem Papier (der Bund der Polen in Deutschland zählte in der Zwischenkriegszeit noch über 60.000 Mitglieder, heute etwa 400). Die meisten Nachkommen der Ruhr-Polen sind seit langem assimiliert, sie sprechen kein Polnisch mehr, außer einem polnischen Familiennamen ist ihnen oft nur das Bewusstsein geblieben, dass die Vorfahren wohl Polen sein mussten. Aber alleine mit Familiennamen kommen wir nicht weiter: Etwa 14 % der deutschen Bevölkerung tragen heute slawische, oft polnische Familiennamen, niemand würde aber heute in Deutschland ernsthaft behaupten, Klaus Bednarz, Michael Opoczynski oder Jörg Pilawa, um nur ein paar Namen aus der Medienwelt zu nennen, seien Polen oder Vertreter der polnischen Minderheit. Übrigens würde auch in Polen niemand glauben wollen, der Filmregisseur Krzysztof Zanussi oder der ehemalige Außenminister Dariusz Rosati seien Italiener. Fazit: Die Ruhr-Polen sind heute eine zu vernachlässigende Größe.

¹ Vgl. Wóycicki, Kazimierz: Chancen, Brücken zu bauen? Die polnischsprachigen Gruppen in Deutschland – ihre aktuelle Lage und die Perspektiven für die Zukunft, in: Barbian, Jan-Pieter/Zybura, Marek (Hrsg.): Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1999, S. 135-136

Eine andere Gruppe der Polnischsprachigen steht in direktem Zusammenhang mit dem 2. Weltkrieg. 1945 sind Hunderttausende polnische Zwangsarbeiter und KZ-Insassen zunächst in Deutschland geblieben. Sie wurden in sog. DP-Lagern versorgt, ehe sie mehrheitlich Deutschland in Richtung Polen oder westliches Ausland verließen. Auch polnische Angehörige der alliierten Armeen hielten sich damals in Deutschland auf, viele von ihnen sind aber in den ersten Nachkriegsjahren ausgewandert. Eine genaue Zahl der in Folge der Kriegereignisse in Deutschland gebliebenen Polen ist schwer zu ermitteln, Schätzungen gehen von ca. 40.000 aus, eine ebenfalls eher unbedeutende Zahl.

Die Vertreibung der Deutschen aus den früheren Ostgebieten nach dem 2. Weltkrieg eröffnet sogar mehrere neue Kapitel für unsere Betrachtungen. Sie betraf in erster Linie ethnische Deutsche, die Polnischsprachigen unter ihnen sind aber auch hier zu erwähnen: Fest steht, dass es auch unter ihnen Menschen mit „doppelter Identität“ gab oder zumindest solche, die mit beiden Sprachen aufgewachsen waren.

In Oberschlesien und anderen ehemals deutschen Ostgebieten mit einer angestammten Bevölkerung, die in der Regel von „schwebendem nationalem Bewußtsein“ gekennzeichnet war und polnische Dialekte benutzte, wurde diese von Vertreibungen zum großen Teil ausgeschlossen. Mit dem Begriff „Autochthone“ ist der Anspruch Volkspolens auf diese slawische Bevölkerungsgruppe deutlich geworden, die nun von einer Jahrhunderte dauernden nationalen Unterdrückung „befreit“ wurde. Offiziell wurden alle Autochthonen zu polnischen Staatsbürgern, andere nationale Optionen wurden nicht geduldet. Die Autochthonen als Legitimation für die Rückkehr Polens auf altes „Piasten“-Land hinzustellen, entsprach nicht dem Eigenbild dieser Gruppe, denn ihr „Polentum“ war oft nur „ethnographischer“ Natur (Dialekt, Bräuche, Glaube), was mit einer nationalen Identifikation nach über 700 Jahren jenseits des polnischen Staates nicht gleichgesetzt werden kann.

In Wirklichkeit betrachteten sowohl die polnischen Behörden als auch polnische Bevölkerung, die sich in diesen Regionen niedergelassen hatte, die Autochthonen als nicht ganz „vollwertige“ Polen, die Politik des kommunistischen Polens war ihnen gegenüber bis 1989 von Misstrauen und Diskriminierung gekennzeichnet, was einen steten Migrationsdrang in die Bundesrepublik auslöste. Selbst viele schlesische

Aufständische, die in den Jahren 1919-1921 für die Befreiung Oberschlesiens von den Deutschen kämpften, wanderten freiwillig in die Bundesrepublik aus.

Mit diesen Einwanderern ist in Deutschland der Begriff „Aussiedler“ (seit 1975 „Spätaussiedler“) verbunden, die die größte Gruppe der heutigen Polnischsprachigen in Deutschland bilden. Sie wurden direkt nach dem Krieg nicht „vertrieben“, auch später nicht „ausgesiedelt“, sondern haben in verschiedenen Nachkriegsepochen auf eigenes Betreiben, legal mit Ausreisedokument oder illegal mit Touristenvisum, Polen verlassen. 1956 durften etwa 200.000 Deutsche, darunter auch viele Autochthone, zum ersten Mal aus Polen offiziell emigrieren. Diese Gruppe ist deswegen interessant, weil die jüngere Generation dieser Gruppe, die zum Teil polnisches Abitur hatte, in Polen sozialisiert wurde. Ihre Erfahrungen mit dem polnisch-kommunistischen, aber häufig nur als polnisch erfahrenen Staat und auch mit der zu dieser Zeit weit verbreiteten antideutschen Stimmung unter der polnischen Bevölkerung waren meistens schlecht. Gleichzeitig hat aber die Gruppe der Zuwanderer viele Elemente polnischer Mentalität, Sprache und Kultur nach Deutschland mitgebracht. Seit Jahrzehnten kann man beobachten, dass viele dieser Deutschen im deutsch-polnischen Dialog aktiv sind und bis heute die polnische Sprache beherrschen.² Nach der Ausreisewelle 1956-1957 kam die Migration aus Polen bis zum Ende der 60er Jahre zum Stillstand.

Erst seit Anfang der 70er Jahre öffneten sich die Schleusen, als Polens Regierung Auslandsreisen für Privatpersonen zuließ. Die deutsch-polnischen Abkommen von 1970 und 1975 über die „Familienzusammenführung“, die bestehende Praxis der Anerkennung der „Autochthonen“ als Aussiedler in der Bundesrepublik, aber auch eine liberale Zuwanderungspolitik gegenüber „Ostblockmigranten“ hatten zur Folge, dass die Einwanderung aus Polen, wo sich die ökonomische Lage zunehmend verschlechterte, bis Ende der 80er Jahre förmlich explodierte: Zwischen 1980 und 1990 haben sich in Deutschland etwa 1 Million Zuwanderer aus Polen niedergelassen.

Im Migrationsgeschehen zwischen Polen und Deutschland stellt das Jahr 1989/90 einen Wendepunkt dar. Bis Ende der 80er Jahre kamen nach Deutschland

² ebenda, S. 140

hauptsächlich solche Personen, die sich hier dauerhaft niedergelassen haben. Seit den 90er Jahren, nachdem die Bundesrepublik ihre Grenzen gegenüber Migranten aus Osteuropa weitgehend verschlossen hatte, sind legale Möglichkeiten der Zuwanderung aus Polen eingeschränkt worden. Die bisher größte Gruppe der potentiellen Auswanderer, die sog. „Autochthonen“, erhielten 1991 in Polen aufgrund des Deutsch-Polnischen Freundschaftsvertrages weitgehende Minderheitenrechte, was den Druck zum Auswandern verringerte. Viele von ihnen haben heute neben dem polnischen auch den deutschen Pass, sind also de facto deutsche Staatsbürger im Ausland und dürfen jederzeit nach Deutschland kommen. Sie tun es nicht, weil sie die offenen Grenzen in der Regel zu legalen befristeten Arbeitsverhältnissen in Deutschland und anderen EU-Ländern nutzen. Für Polen, die keinen deutschen Pass in der Tasche haben, ist die Zuwanderung nach Deutschland heute nur im Rahmen von zwischenstaatlich vereinbarten, befristeten Arbeitsaufenthalten möglich: Die neuen polnischen Migranten sind Werkvertrags- und Saisonarbeiter. Legale Formen einer dauerhaften Niederlassung für Migranten aus Polen in Deutschland sind heute nur eingeschränkt möglich (etwa bei Heirat, durch Bedingungen für Selbständige und die Green Card).³

Nicht nur die zugewanderungspolitischen Rahmenbedingungen, sondern auch die Migrationsabsicht ist für den grundlegenden Wandel der Situation ausschlaggebend. Bis 1989 schien die „Wende“ in Polen nicht möglich, weshalb mit einer Ausreise keine Rückkehrgedanken verknüpft waren. Der Hintergrund dieser Motivlage wandelte sich jedoch in den 90er Jahren völlig, als sich der Transformations- und Demokratisierungsprozess in Polen stabilisierte, die Ökonomie in eine Aufschwungsphase überging und die Grenzen gleichzeitig durchlässig wurden.

Bei dieser skizzenhaften Betrachtung soll auch kurz auf Polnischsprachige in der DDR eingegangen werden, auch wenn die Quellen und das Interesse an diesem Thema nur zu bescheiden sind. Gemessen an der Bundesrepublik gab es in der DDR nur wenig PS. Sie rekrutierten sich z.T. aus Vertriebenen, aber auch aus einer Art „Spätaussiedler“, denn es gab seit 1956 Deutsche bzw. Autochthone in Polen, die in die DDR emigriert sind. Ihre polnische Teil-Identität mussten sie aber in der DDR

³ vgl. Pallaske, Christoph: Die Migration aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er und 1990er Jahren, in: Ders.: Die Migration von Polen nach Deutschland. Zu Geschichte und Gegenwart eines europäischen Migrationssystems, Baden-Baden 2001, S. 124

schnell ablegen, da Kontakte zu Polen lange Zeit als verdächtig galten. Seit den 70er Jahren hat es in der DDR viele Werkvertragsarbeiter aus Polen gegeben, die nach einer bestimmten Kadenz in ihre polnischen Stammunternehmen in Polen zurückkehrten. Schließlich gab es eine kleine Zahl von Menschen, die in der DDR geheiratet haben und dort lebten. Insgesamt wird die Zahl der PS in der DDR (den neuen Ländern) heute auf etwa 7% der PS in den alten Ländern geschätzt.⁴

Die Heterogenität der Polnischsprachigen von heute

Wie bereits erwähnt, ließ sich die größte Gruppe innerhalb der heutigen Polnischsprachigen zwischen 1980 und 1990 in Deutschland nieder. Die Analyse ihrer Charakteristika wird hier in Hinblick auf zwei Fragen vorgenommen: Erstens ob und wie die Zuwanderer aus Polen heute als ethnische Gruppe oder Minderheit in Deutschland zu begreifen sind, zweitens ist zu fragen, wie die Eingliederung der endgültig in der Bundesrepublik sich aufhaltenden Migranten aus Polen zu bewerten ist.

Unterschiedliche Aufenthaltstitel für Migranten aus Polen

Neben unterschiedlicher Herkunft, Sozialisierung und nationalen wie kulturellen Identifikationsmustern, die durch die oben geschilderte Einwanderungsgeschichte der Polnischsprachigen nach Deutschland beleuchtet wurden, trug der Umgang deutscher Behörden mit dem Aufenthaltsstatus der Betroffenen zur weiteren Differenzierung innerhalb dieser Gruppe bei.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahrzehnten de facto ein Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik. Das Fehlen eines Konzepts für eine schlüssige Migrationspolitik, die in der bürokratischen Praxis durch viele Unübersichtlichkeiten und unterschiedliche Formen des Aufnahmerechts und des Aufenthaltsstatus von Zuwanderern gekennzeichnet ist, wird an kaum einer anderen Gruppe so deutlich wie an den Migranten aus Polen in den 80er Jahren, wurden sie

⁴ vgl. Trzecielińska-Polus, Aleksandra: Polacy w Niemczech po obaleniu muru berlińskiego i ich rola w procesie integracji Polski z Europą, in: Holzer, Jerzy/Fischer, Józef (Red.): Rola Niemiec w procesie integracji Polski z Europą, Warszawa 2001, S. 243 ff.

doch auf der obersten und auf der untersten Stufe der Hierarchie-Leiter möglicher Aufenthaltstitel positioniert.⁵

Die Zuweisung der Migranten in verschiedene Aufenthaltstitel stellt ein großes emotionales, aber auch gesellschaftliches Problem dar. Idealtypisch waren „Aussiedler“ in Deutschland erwünscht, wurden sie doch als Deutsche oder „Autochthone“ nach dem Krieg für die Verbrechen der Nazis kollektiv haftbar gemacht, Minderheiten oder Autonomierechte wurden ihnen nicht gewährt, die deutsche Sprache wurde aus der Schule und dem öffentlichen wie privaten Leben verbannt, und Versuche, die kulturelle Eigenart zu artikulieren, die nicht in das offizielle Bild gehörte, wurden als illoyal hingestellt und verfolgt. Für diese Betroffenen, die sich in ganz Osteuropa der deutschen Sprache und Kultur zugehörig fühlten und deswegen diskriminiert wurden, standen laut Rechtslage in der Bundesrepublik die Grenzen nach Deutschland offen.

Die „Spätaussiedler“ wurden dafür mit dem vorteilhaftesten Aufenthaltstitel in der Bundesrepublik ausgestattet, sie erhielten nach kurzer Zeit die deutsche Staatsbürgerschaft und hatten Anspruch auf verschiedene Eingliederungshilfen wie Sprachkurse, zinslose Kredite, Sozialwohnungen u.a. Als wichtige Maßnahme zur Eingliederung der Aussiedler wirkten sich die Anerkennung der Bildungs- und Berufsabschlüsse aus sowie der ungehinderte Zugang zum Arbeitsmarkt und die automatische Aufnahme in die nationalen Sozialversicherungssysteme, womit lückenlose Ansprüche auf Leistungen verbunden waren (Arbeitslosenunterstützung, Rentenzahlungen), auch wenn sie selbst in die Sozialsysteme keine Beiträge eingezahlt hatten (ähnlich ist auch bei DDR-Flüchtlingen verfahren worden).

Diejenigen Zuwanderer aus Polen, die sich auf den Aussiedlertitel nicht berufen konnten, waren somit weniger „erwünscht“: Man hat ihnen unterstellt, sie seien aus „wirtschaftlichen Gründen“ nach Deutschland gekommen. Ihnen stand praktisch nur das Asylverfahren offen, in dessen Rahmen etwa 3% als Asylberechtigte (Solidarnosc-Aktivisten) anerkannt wurden. Alle anderen erhielten hauptsächlich die Kategorie nur „geduldeter“, nicht anerkannter Flüchtlinge zugewiesen. Die „Duldung“, die soviel heißt wie „Aussetzung der Abschiebung“, wurde Flüchtlingen aus Polen in

⁵ vgl. Pallaske, Christoph: Die Migration, S. 128

den 80er Jahren – der Zeit, in der von der Bundesrepublik aus wohlwollend auf Polen als das Land der „Freiheitskämpfer“ geschaut wurde – relativ unproblematisch gewährt, weil aus politischen Gründen in die Länder Osteuropas nicht abgeschoben wurde.

Die Benachteiligung dieser Gruppe war strukturell – kein sicherer Aufenthaltstitel, keine Aussicht auf deutsche Staatsbürgerschaft, kein Zugang zum Arbeitsmarkt, wobei seit Mitte der 80er Jahre die Beschäftigung von Geduldeten in nicht legalen Beschäftigungsverhältnissen stillschweigend hingenommen wurde. Eine andere Einschränkung betraf das Verbot von Reisen nach Polen. Dieser unsichere Status hat sich nach 1989 als verhängnisvoll erwiesen, denn mit dem Streichen der Sonderklausel für die „Ostblockflüchtlinge“ wurde versucht, geduldete Polen abzuschieben. Tatsächlich ist es aber in nur wenigen Fällen zu Abschiebungen gekommen, in den 90er Jahren konnten die Betroffenen nach langwierigen Auseinandersetzungen mit den Ausländerbehörden ihren Status in der Regel verfestigen, d.h. in unbefristete Aufenthaltsverhältnisse umwandeln.⁶

Bei näherer Beobachtung beider Gruppen muss festgestellt werden, dass die Mehrheit der Migranten aus Polen in den 80er Jahren mit sehr ähnlichen Migrationsmotiven, nämlich hauptsächlich der Verbesserung der materiellen Lebensumstände und ihrer Zukunftsperspektiven wegen, in die Bundesrepublik kam. Bei beiden Gruppen handelte es sich um eine überwiegend von push-Faktoren bedingte Wanderung, zu denen vor allem Lebensmittelknappheit, Wohnungsnot, Umweltverschmutzung und Unzufriedenheit mit dem politischen System gehörte. Die Migranten waren sich zudem in ihren Sozialisationserfahrungen in der polnischen Gesellschaft ähnlich sowie in den zum Zeitpunkt der Niederlassung in der Regel ausschließlich polnischen Sprachkenntnissen.

Der einzige Unterschied, der letztendlich über den Aufenthaltsstatus entschieden hatte, lag in dem nachzuweisenden „Bekenntnis zum Deutschtum“ im Einbürgerungsverfahren nach dem Bundesvertriebenengesetz. Nur bei dessen Erbringung wurde man Aussiedler. Speziell bei den Aussiedlern aus Polen Ende der 80er Jahre zeigt sich aber bei näherem Hinsehen, dass der Großteil von ihnen keine

⁶ vgl. Pallaske, Christoph: Die Migration, S. 129

„Autochthonen“ waren und offenbar ein ausgeprägtes „Bekenntnis zum Deutschtum“ nicht nachweisen konnten (Sprache, Bräuche). Von 1985 bis 1989 wurde die Zahl der Aussiedler zu einem stets wachsenden Anteil, schließlich wurde mehr als die Hälfte von ihnen mittels des überaus problematischen Nachweises über die sog. „deutsche Volksliste“ als Deutsche anerkannt. Diese war ein Instrument der SS bei der Germanisierungspolitik in den im 2. Weltkrieg vom Deutschen Reich annektierten polnischen Gebieten gewesen. Eine großzügige Auslegung bzw. unzureichende Überprüfung der Kriterien führte dazu, dass es den meisten nicht schwer fiel, den Nachweis zu erbringen.⁷ Diese Situation charakterisiert ein ironischer Ausspruch der Spätaussiedler aus dieser Zeit, nach dem ein deutscher Schäferhund in der Familie ausreichte, um als Deutscher anerkannt zu werden.⁸

Bis hierhin steht also fest: Für die Migranten aus Polen in den 80er Jahren bestand bei zumeist ähnlicher Motivlage und ähnlichem oder gleichem sozialem Back-Ground eine migrationspolitisch bewirkte Asymmetrie zwischen den zugewiesenen Aufenthaltstiteln und den sich daraus ableitenden unterschiedlichen Eingliederungsbedingungen. Bei der sowieso schon ausgeprägten Heterogenität der PS trug ein solcher Umgang mit formellen Voraussetzungen zusätzlich zur Selbstverleugnung, zu Integritätskrisen, zum Mißtrauen und zu Konflikten innerhalb der Gruppe der PS bei, die in der Regel bis heute fortbestehen.

Sind die Polnischsprachigen als eine „nationale Minderheit“ zu betrachten?

In den 80er Jahren konnte sich demnach trotz einer zahlenmäßig bedeutenden Zuwanderung eine breite polnischsprachige Gemeinschaft in Deutschland nicht etablieren: Alles sprach dagegen: Die Aussiedler aus Schlesien wurden von den anderen aufgrund ihrer deutlicheren Ablehnung der polnischen Biographie geringgeschätzt und belächelt. Diese dagegen hielten die Aussiedler aus anderen Teilen Polens, die aufgrund der „Volksliste“ ihren deutschen Paß erhielten, schlichtweg für „Betrüger“. Von den sog. „Geduldeten“, die sich auf kein deutschstämmiges Familienmitglied berufen konnten, wurden alle anderen Gruppen mit dem Vorwurf des „nationalen Verrats“ konfrontiert. Der politische Kampf der Solidarnosc-Emigranten blieb den meisten anderen fremd, hatten sie sich doch

⁷ vgl. Pallaske, Christoph: Die Migration; S. 131

entschlossen, dem Vaterland den Rücken zu kehren. Hinzu kamen Versuche des kommunistischen Warschaus, die politischen Zentren der Emigration zu isolieren, und die Bonner Regierung hatte weder ein Konzept für eine Politik gegenüber Polen im allgemeinen noch gegenüber der Gruppe der Polnischsprachigen im besonderen.⁹

Erst nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und den deutsch-polnischen Verträgen 1990-1991 änderte sich die Situation grundlegend: Die Autochthonen in Polen erhalten laut dem deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag von 1991 nach internationalen Standards garantierte Minderheitenrechte, wenn sie die deutsche Option für sich beanspruchen. Dagegen spricht der Vertrag nicht von einer polnischen Minderheit in Deutschland, sondern von einer Gruppe von **„Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur und Tradition bekennen“** und billigt ihr kulturelle Rechte zu.

Das Fehlen des Terminus „polnische Minderheit“ in Deutschland muss hier kurz erläutert werden. Unabhängig von der später zu behandelnden Frage, ob die PS in Deutschland eine Minderheit sind, muss eine reichlich restriktive Herangehensweise der Bundesrepublik an das Problem des Schutzes von Minderheiten auf ihrem Territorium unterstrichen werden. Die Bundesrepublik erkennt prinzipiell nur die Sorben, Friesen und Dänen als solche an (es sind territoriale Minderheiten, die über ihre Sonderrechte im Bildungswesen, im Kulturbereich und in der Wahlordnung nur auf dem von ihnen angestammten Territorium verfügen, z.B. Dänen nur in Schleswig-Holstein). Ihre Rechte sind übrigens durch Länderverfassungen, nicht durch das Grundgesetz garantiert. Diese Haltung resultiert aus der Furcht des Staates Bundesrepublik vor der Notwendigkeit, die zahlreichen Gruppen von Emigranten, darunter solche aus Polen, der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien offiziell als Minderheiten anzuerkennen. Zwei grundsätzliche Befürchtungen liegen dieser Abwehrhaltung zugrunde: Der aktive Schutz der kulturellen Rechte der Minderheiten ist einklagbar und würde einen finanziellen wie verwaltungstechnischen Aufwand von großem Ausmaß bedeuten. Darüber hinaus ist die deutsche Gesellschaft auf eine derartige Anerkennung nicht vorbereitet. Als Gründe dafür, dass in dem Deutsch-Polnischen Vertrag von 1991 von einer polnischen Minderheit

⁸ vgl. Wóycicki, Kazimierz: Chancen, Brücken zu bauen, S. 141

nicht die Rede ist, nennt die Forschung u.a. den Zweifel, ob die Polen in Deutschland überhaupt das Bewusstsein einer nationalen Minderheit entwickelt haben - angesichts der geringen Aktivität polnischer Gruppen in Deutschland, der Zersplitterung ihrer Organisationen und der territorialen Ausbreitung der Polnischsprachigen im ganzen Bundesgebiet. Dieses letzte Argument bedeutet soviel, dass die Polen eventuelle Minderheiten-Rechte nur in einzelnen Bundesländern erhalten würden. Im Gespräch war Nordrhein-Westfalen mit seinen Ruhr-Polen, eine wahrhaft irreführende Einstellung, die oben schon erklärt wurde.¹⁰

Gleichzeitig muss noch darauf hingewiesen werden, dass der Umfang der Rechte, die im Vertrag den in Deutschland lebenden Polnischsprachigen zuerkannt werden, auch wenn diese nicht als Minderheit bezeichnet wurden, faktisch dem Diskriminierungsverbot des Minderheitenstatus entspricht.¹¹ So haben auch die Regelungen des Art. 20, Abs. 3 des deutsch-polnischen Vertrages in einem bisher nicht gekannten Maß die Eliten der heterogenen PS-Gruppe in Deutschland zur Aktivität angeregt. Gerade in den 90er Jahren ist es zur Gründung einer großen Zahl von Polonia-Organisationen gekommen. „Polonia“ – Vertretung der ethnischen Polen im Ausland.

Bei einem großen Konfliktpotential politischer, weltanschaulicher, generationsbedingter und personeller Natur dominieren bei den heutigen Polonia-Organisationen in Deutschland zwei Hauptströmungen. Etwas vereinfachend kann man heute von „nationalbetonen Patrioten“ und „europäischen Pragmatikern“ sprechen.¹²

Die Patrioten nehmen in der Regel eine Anspruchshaltung gegenüber den deutschen Behörden und der polnischen Regierung ein. Sie betonen die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenen Bildungssystems mit nationalpolnischem Inhalt, fordern den Zugang zu den Medien und finanzielle Unterstützung für kulturelle und institutionelle Arbeit. Hinzu kommen eine Staffage nationaler Symbolik und eine starke katholisch-religiöse Traditionsverbundenheit.

⁹ vgl. Wóycicki, Kazimierz: Chancen, Brücken zu bauen, S. 141

¹⁰ vgl. Gras, Andrzej: Pozycja prawna Polaków w Niemczech, in: Wolff-Poweska, Anna/Schulz, Eberhard: Być Polakiem w Niemczech, Poznan 2000, S. 171 ff.

¹¹ vgl. ebenda, S. 171

¹² vgl. Karwat, Krzysztof: Polacy w Niemczech: „Patriotyzm“ czy „pragmatyzm“, in Dialog Nr. 1/1996, S. 6-7

Die Pragmatiker dagegen sind der Meinung, Voraussetzung für die Wahrung der polnischen Identität sei eine gelungene Integration, keine Assimilation wohlgernekt, in die deutsche Gesellschaft, die volle Anerkennung der deutschen Rechtsordnung und deren Nutzung für die eigenen Interessen. Die Auffassungen und Forderungen der Nationalpatrioten finden sie anachronistisch und an der Realität vorbei. Die Überbetonung polnischer Nationalsymbole sei sinnlos. Was zähle, sei Arbeit zu haben, gute Deutschkenntnisse und gesellschaftlicher Aufstieg. Im Gegensatz zum polnischen Ghetto wollen die Pragmatiker eine aufgeschlossene Position als seriöse Partner für deutsche Behörden.

Auf Anregung des Bundesinnenministeriums sollten sich die zersplitterten und zerstrittenen Vertreter der Polen Mitte der 90er Jahre zu einem Dachverband szusammenchließen, um die Zuwendungen des Bundes zentral zu betreuen, die für kulturelle Vorhaben von gesamtstaatlicher Bedeutung gewährt werden. Das Ergebnis dieser Anstrengungen war die Gründung des **Bundesverbandes Polnischer Rat in Deutschland e.V.**, der 1997 als Dachverband polnischer Organisationen registriert wurde und dem sich die meisten Verbände angeschlossen hatten. Einige traditionsreichere Verbände, wie der **Bund der Polen in Deutschland Rodlo**, der **Verband Zgoda** und der **Polnische Kongreß in Deutschland** sind dem Dachverband aber nicht beigetreten, was von Anfang an Konflikte in sich barg, da die Bundesmittel nur vom **Polnischen Rat** abgerufen werden konnten. Zu einer Verwirrung der Situation führte die Gründung einer neuen Dachorganisation, des **Konvents der Polnischen Organisationen in Deutschland**, auf Betreiben der Polnischen Botschaft in Köln, dem auch nominell der **Polnische Rat**, die frühere Dachorganisation, beiträt. Wenige Wochen danach haben zwei Verbände den Konvent jedoch verlassen. Während der Konvent von der polnischen Regierung offiziell als Vertretung der Polen in Deutschland anerkannt wird, steht das BMI diesem Gremium reserviert gegenüber.¹³

Die meisten Anführer der Polonia-Organisationen, unter denen die Nationalpatrioten die stärkste Gruppe bilden, kritisieren vor allem die Asymmetrie der Vertrags-

¹³ vgl. Mrowka, Heinrich: Organizacje polonijne i ich partnerzy niemieccy, in: Wolff-Poweska, Anna/Schulz, Eberhard: Byc Polakiem w Niemczech, Poznan 2000, S. 287

Definition, die den Polen in Deutschland keine Minderheitenrechte zuerkennt. Sich selbst sehen sie als Vorkämpfer einer großen nationalpolnischen Minderheitenbewegung und wollen gern im Namen von etwa 2 Millionen Polen in Deutschland sprechen. Diese Zahl von 2 Mio., die ziemlich genau die Zahl aller PS in Deutschland trifft, wird auch immer wieder bei Polonia-Kongressen in Warschau und bei Stellungnahmen des zuständigen Sejmausschusses erwähnt. Vertreter polnischer Organisationen in Deutschland beklagen zudem selbst, dass es keinen Zusammenhalt innerhalb der Gruppe der PS gebe. Sie sei im öffentlichen Bewusstsein kaum präsent, finde kein Interesse der Medien, und von politischer Seite gebe es kein Interesse, polnische Minderheitenstrukturen zu fördern, was insgesamt auf eine bewusste Diskriminierung der Bundesrepublik zurückzuführen sei.¹⁴

Nach meiner Meinung handelt es sich dabei um eine Diskussion mit falschen Voraussetzungen. Die Protagonisten der Polonia unterstellen dabei, dass es sich bei den „polnischen Wurzeln“ der Nachkriegsmigration aus Polen nach Deutschland um ethnische Polen handelt, die an ihrer nationalen Identität festhalten wollen. Ihr Appell an die nationale Identität kann nur einen sehr kleinen Kreis von Polnischsprachigen in Deutschland ansprechen, aber nicht die Mehrheit mit gemischter Identität. Ein solcher Appell stößt oft sogar auf Abneigung und ist inakzeptabel für alle diejenigen, die sich zum großen Teil als Deutsche oder als Schlesier fühlen. Diese Personen tragen oft beide Kulturen in sich, ihre Loyalität gilt aber vor allem der Bundesrepublik. Die Formulierung des Freundschaftsvertrages wird demnach bei näherem Hinsehen der soziologischen Realität der heutigen polnischsprachigen Gruppe in Deutschland gerecht: Es gibt hier keine homogene polnische Minderheit, dafür aber eine breite Gemeinschaft von Menschen, die auf die eine oder andere Weise eine intensive Verbindung mit der polnischen Kultur und Sprache haben.¹⁵

Die Wahrnehmung der PS als polnische Minderheit täuscht darüber hinweg, dass offenbar die Bedürfnislage der allermeisten Migranten aus Polen nicht in Richtung der Etablierung von politischen Strukturen einer organisierten polnischen Minderheit

¹⁴ vgl. Pallaske, Christoph: Heimwärts? Westwärt? Na saksy? Die Zuwanderung aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er und 1990er Jahren und die Gruppe der Polen in Deutschland, unveröffentlichtes Manuskript, S. 7

¹⁵ vgl. Wóycicki, Kazimierz: Chance, Brücken zu bauen?, S. 142

zielt. Sie sehen ihre Situation nicht als problematisch an, was andernfalls ein Grund gewesen wäre, sich polnischen Organisationen anzuschließen oder an Wahlen zum Ausländerbeirat teilzunehmen. Niemand wird heute daran gehindert, einen Verein zur Pflege seiner kulturellen oder nationalen Identität zu gründen oder ein wirksames Netzwerk aufzubauen. Das Problem ist eher, dass es sehr viele solcher Vereine mit nur wenigen Mitgliedern gibt. Anders als bei den Ruhr-Polen im 19. Jh., gegen die sich staatliche Repressionen des Deutschen Reiches im Zuge des Kulturkampfes richteten und die als Reaktion darauf schlagkräftige Verbände und Netzwerke bildeten, kann man das heute fehlende Minderheitenbewusstsein auch darauf zurückführen, dass es keine bewusste, gegen sie gerichtete Diskriminierung seitens der Bundesrepublik gibt.

Das, was viele Polen als Diskriminierung empfinden, betrifft die fremdenfeindliche Einstellung der Gesellschaft und eine prinzipielle Abwehrhaltung vieler Verwaltungsapparate gegenüber materiellen Ansprüchen der PS. Dem Geist des Vertrages steht auf deutscher Seite leider nicht immer die Bereitschaft der Verwaltungssysteme gegenüber (Kulturbehörden, Kultusministerien, Schulämter), die durch den Vertrag eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den PS zu erfüllen. Vielen Beamten, zumal auf Landes- und Kommunalbene, ist der Inhalt des Deutsch-Polnischen Vertrages und der damit verbundenen kulturellen Rechte der PS nicht bekannt. Dies führt zu Konflikten bei der Vergabe von Zuwendungen für kulturelle Veranstaltungen oder muttersprachlichen Unterricht. Fairerweise muss auch von polnischen Verbänden erwartet werden, dass Abrechnungen nach deutschem Haushaltsrecht erfolgen.

Zehn Jahre nach dem Ende der jüngsten großen Einwanderung aus Polen sind Merkmale einer polnischen *community* in Deutschland im Sinne der Migrationsforschung nur sehr schwach ausgeprägt. Zwar gibt es im direkten Lebensumfeld ausgeprägte Netzwerke der Migranten untereinander. Für einen großen Teil der Zuwanderer aus Polen bilden Familienangehörige, Freunde und Bekannte bis heute die wichtigsten Bezugspersonen. Innerhalb dieser Netzwerke wird weiterhin polnisch gesprochen, bestimmte aus Polen mitgebrachte Lebensweisen und Einstellungen bleiben erhalten und werden teils an die Kinder weitergegeben. Im Gegensatz dazu fehlen aber die nach außen sichtbaren

Merkmale einer polnischen *community*. Weder etablierten sich in den letzten Jahren wirksame polnische Organisationen oder Interessenvertretungen, noch gibt es heute eine nennenswerte territoriale Konzentration von Polen (geschlossene Wohngebiete, in denen sich Polen niedergelassen haben), auch keine nennenswerte Zahl polnischer Restaurants, Lokale, Lebensmittelgeschäfte und Sportklubs. Auffällig werden Polen in Deutschland nur bei polnischen Gottesdiensten, die an vielen katholischen Kirchen gelesen werden. An vielen Orten hat sich dabei ein kleiner, spezifisch polnischer Dienstleistungssektor etabliert: Verkauf polnischer Waren und Zeitschriften, Paketdienste u.ä.¹⁶

Die Ursachen für die kaum ausgeprägte community-Bildung polnischer Migranten ist nicht leicht zu fassen. Sicher liegt ein wichtiger Grund in der lokalen und regionalen Zerstreuung von Zuwanderern aus Polen. Zweitens kann man sowohl bei Aussiedlern als auch bei Ausländern polnischer Staatsangehörigkeit eine weit verbreitete Bereitschaft zur Integration erkennen, verstanden als Anpassung an die Lebensumstände der Aufnahmegesellschaft, die für ihre Unauffälligkeit verantwortlich ist. Diese Anpassung wird vor allem bestimmt durch den Wunsch, sich in der fremden Umgebung zurechtzufinden, durch schulische und berufliche Aufstiegsstrategien, durch Absicherung der aufenthaltsrechtlichen und sozialen Existenz oder durch das Bedürfnis, soziale Kontakte in der neuen Umgebung zu entwickeln.¹⁷

Es gibt auch soziopsychologische Gründe, die bewirken, dass die PS wenig in Erscheinung treten. Viele Personen möchten, auch wenn sie zuhause Polnisch sprechen, in der Öffentlichkeit nicht als Polen erscheinen, da sie Nachteile für sich oder für ihre Kinder erwarten. Die Aussiedler, die sich oft als Deutsche mit polnischer Sozialisation begreifen, haben bis heute Schwierigkeiten, ihre zwiespältige Situation zu definieren und selbstbewußt zu leben. Es gab nach 1989 keine öffentliche Diskussion in Deutschland, die diesen Menschen hätte helfen können, positiv mit ihrer doppelten Identität umzugehen.

Das Schicksal einer so großen Gruppe mit einer interessanten gemischten kulturellen Herkunft darf aber keinem an europäischer Integration Interessierten in

¹⁶ vgl. Pallaske, Heimwärts?, S. 7

Deutschland und Polen gleichgültig bleiben. Diese Menschen könnten eine wichtige Rolle als Brückenpfeiler in den deutsch-polnischen Beziehungen spielen. Die öffentliche Sichtbarkeit und adäquate Präsenz dieser Gruppe wäre schon ein wichtiger Vermittlungsfaktor innerhalb der deutschen Bevölkerung. Dass man die mit der polnischen Kultur verbundenen Personen nicht als „exotisch“ betrachtet, sondern als Menschen, die in der direkten Umgebung wohnen und arbeiten, sich als Deutsche fühlen und gleiche Werte teilen, könnte zum Abbau der Stereotypen und zur Vermittlung des Wissens über Polen in der Aufnahmegesellschaft beitragen.

Umgekehrt könnten die PS zur Verbreitung des Wissens über Deutschland, über das Alltagsleben, Sozialordnung und Kultur dieses Landes in der polnischen Gesellschaft beitragen. Durch die räumliche Nähe und die bestehenden Bindungen zu ihrem Geburtsland bilden sie eine ungewöhnlich mobile Gruppe, die regelmäßig Polen besucht und Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten ihre durch die Teilnahme am sozialen Leben und an der Kultur gewonnenen Erfahrungen weitergibt. Sie beschreiben diese Kultur und die in ihrem Rahmen herrschenden Standards und Normen. Dadurch können sie wirksam zur Entmythologisierung des Bildes von Deutschen in Polen beitragen.

Angesichts dieser außergewöhnlichen Position der PS wäre es wünschenswert, wenn Berlin und Warschau sie endlich in ihrer Heterogenität erkennen und ihnen wichtige Aufgaben übertragen würden. Zuerst aber sollte man diese differenzierte Gruppe besser kennenlernen, mehr über ihre komplizierten Schicksale erfahren und versuchen, für all dies ein wenig mehr öffentliches Interesse zu gewinnen.

¹⁷ vgl. Palleske, Christoph: Heimwärts?, S. 7